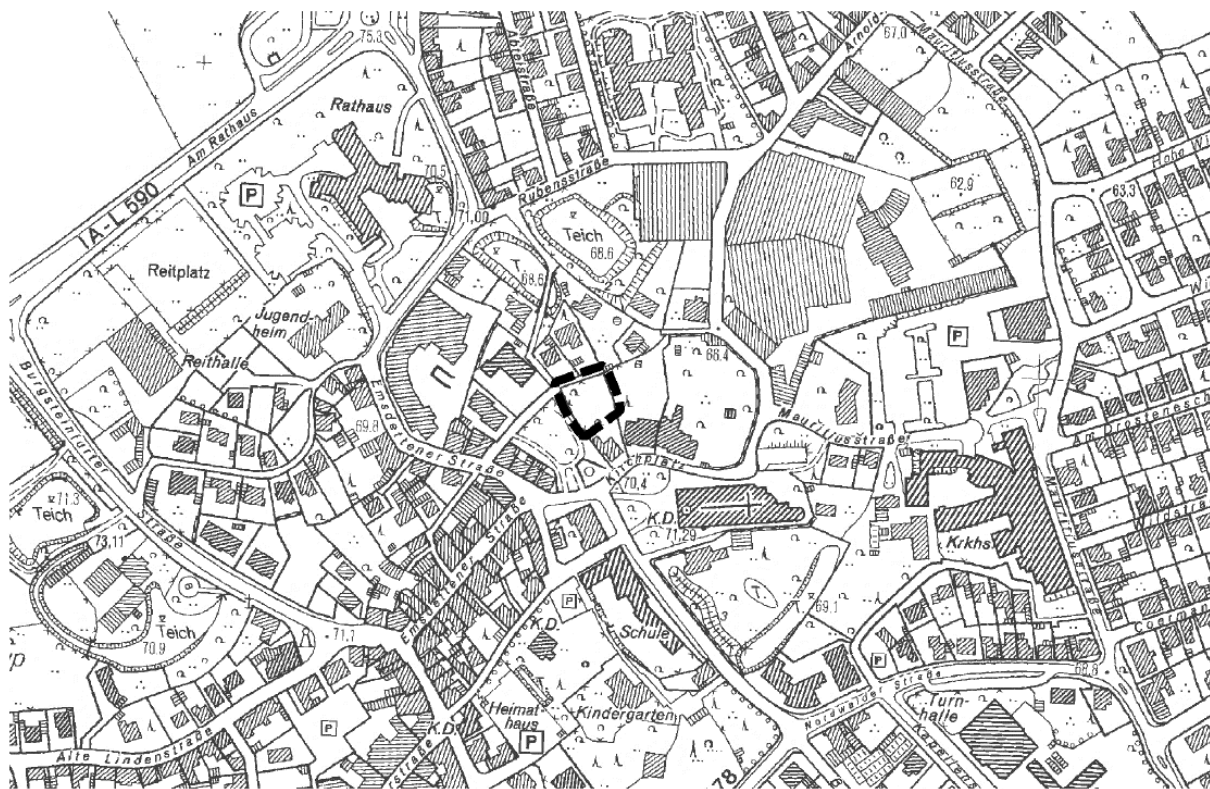


Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

Bebauungsplan Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ – 2. Änderung

Begründung



Stand: Beteiligung nach § 3 (2) und § 4 (2) BauGB i.V.m. § 13 BauGB



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

1. Planungsanlass	1
2. Räumlicher Geltungsbereich	1
3. Einordnung in übergeordnete Planungen.....	1
3.1. Regional- und Landesplanung	1
3.2. Flächennutzungsplan.....	2
4. Bestandssituation und angrenzende Nutzungen	2
5. Planfestsetzungen	3
6. Verkehrliche Erschließung	3
7. Ver- und Entsorgung	3
8. Flächenbilanz	3
9. Auswirkungen der Planung.....	4
9.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft.....	4
9.2. FFH-Verträglichkeit.....	4
9.3. Artenschutz.....	5
9.4. Immissionsschutz	5
9.5. Klimaschutz	6
9.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen	6
9.7. Denkmalschutz	6
9.8. Bodenordnung	7
9.9. Kampfmittel.....	7
10. Verfahren	8

1. Planungsanlass

Für den offenen Ganztagsbetrieb der Marien-Grundschule, der bisher im OT-Heim an der Emsdettener Straße 36 untergebracht war, ist der Mietvertrag ausgelaufen. Als Ersatz für die Innenräume sind derzeit Räumlichkeiten im Westfälischen Hof Garbrock angemietet. Die erforderliche Außenspielfläche soll im Nahbereich auf den Freiflächen des Grundstückes Kirchplatz 3 angelegt werden. Der Bebauungsplan Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“, in dessen Geltungsbereich das Grundstück Kirchplatz 3 liegt, wurde in der Sitzung des Rates der Kreisstadt Steinfurt am 17.03.2011 als Satzung beschlossen und mit seiner Bekanntmachung am 05.05.2011 rechtsverbindlich. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan setzt im Änderungsbe-
reich eine „private Grünfläche“ fest. Bei dieser Fläche handelt es sich um eine Teilfläche aus dem Denkmalbereich „Burg und Stift Borghorst mit Stiftsfreiheit und kath. Pfarrkirche St. Nikomedes“. Eine Nutzung als Spielfläche für eine öffentliche Einrichtung (hier: Grundschule) ist planungsrechtlich nicht zulässig, sodass eine (temporäre) Änderung des Bebauungsplanes erforderlich ist. Durch die zeitlich befristete Änderung werden aus städtischer Sicht die Grundzüge der Planung (hier: Grünfläche) nicht berührt.

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat daher in seiner Sitzung am 01.09.2022 die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ gemäß § 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB beschlossen. Bei der Aufstellung des Bauleitplanes werden insbesondere die Belange des Bildungswesens (§ 1 (6) Nr. 3 BauGB) berücksichtigt. Mit Inkrafttreten dieser Bauleitplanung werden die bisherigen Festsetzungen für den räumlichen Geltungsbereich (hier: „private Grünfläche“) überlagert und damit bis zur Fertigstellung der baulichen Maßnahmen für den offenen Ganztagsbetrieb der Marien-Grundschule und den zugehörigen Freiflächen rechtsunwirksam.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ liegt im nördlichen Siedlungsbereich des Stadtteiles Borghorst zwischen Schulstraße im Norden und Kirchplatz im Süden. Er ist auf dem Deckblatt der Begründung dargestellt und umfasst die im Ursprungsplan festgesetzte „private Grünfläche“ auf dem Grundstück Kirchplatz 3, Gemarkung Borghorst, Flur 23, Flurstück 101 (tlw.) zu einer Größe von 1.000 qm.

3. Einordnung in übergeordnete Planungen

3.1. Regional- und Landesplanung

Gemäß § 1 (4) BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Der Regionalplan Münsterland legt für den Regierungsbezirk Münster die räumlichen und strukturellen Entwicklungen als raumplanerisches Gesamtkonzept fest. Er koordiniert die unterschiedlichen Flächenansprüche an den Raum und gibt als Planungsgrundlage Rahmenbedingungen für die Flächennutzungspläne vor.

Im seit dem 27.06.2014 wirksamen Regionalplan Münsterland ist der Planbereich als „Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)“ festgelegt. Damit entspricht die Planung grundsätzlich den Zielen der Raumordnung.

Zu den Vorgaben der Regional- und Landesplanung gehört auch der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH), der am 01.09.2021 in Kraft getreten ist. Der Bundesraumordnungsplan zum Hochwasserschutz soll das Wasserrecht unterstützen und ergänzen und dient dazu den Hochwasserschutz zu verbessern.

Für die Steinfurter Aa wurde vom Beginn der Ausuferung bis zur Mündung in die Vechte mit ordnungsbehördlicher Verordnung vom 14.01.2004 durch die Bezirksregierung Münster das Überschwemmungsgebiet neu festgesetzt. Das festgesetzte Überschwemmungsgebiet „Steinfurter Aa“ liegt etwa 2.100 m Luftlinie westlich des Plangebietes. Hochwassergefahren- bzw. -risikokarten beinhalten keine Darstellungen für den Geltungsbereich, sodass besondere Festlegungen zum Hochwasserrisikomanagement entbehrlich sind (Ziel I.1.1).

Die Starkregenhinweiskarte für Nordrhein-Westfalen zeigt für den Planbereich Überflutungen bis zu ca. 0,30 m auf. Durch die Planungen werden keine Bauvorhaben ermöglicht. Ebenso ist bei Extremereignissen nicht von einer Nutzung der Außenspielfläche auszugehen. Da etwaige Sach- und Personenschäden vermieden werden können, sind weitergehende Festlegungen zum Klimawandel und zur Klimaanpassung auf Ebene des Bebauungsplanes entbehrlich (Ziel I.2.1).

3.2. Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) als vorbereitender Bauleitplan stellt gemäß § 5 (1) BauGB für das ganze Stadtgebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen in den Grundzügen dar.

Im seit dem 20.03.2000 wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Kreisstadt Steinfurt ist der Planbereich als „Wohnbaufläche“ dargestellt. Im Zuge der 53. Änderung (wirksam seit 05.05.2011) erfolgt die Darstellung als „private Grünfläche“. Die Planungsabsichten korrespondieren grundsätzlich mit den Vorgaben des Flächennutzungsplanes. Die geordnete städtebauliche Entwicklung wird durch die beabsichtigte temporäre Nutzungsänderung nicht beeinträchtigt, sodass zur Umsetzung der Planung kein Änderungsverfahren erforderlich ist.

4. Bestandssituation und angrenzende Nutzungen

Der räumliche Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ liegt im nördlichen Siedlungsbereich des Stadtteiles Borghorst zwischen Schulstraße im Norden und Kirchplatz im Süden angrenzend zu gemischt genutzten Baugrundstücken der Bebauungspläne Nr. 16c und 18c. Westlich schließt sich eine öffentliche Grünfläche (Arnold-Kock Park) an. Das Plangebiet umfasst die rückwärtig gelegene private Gartenfläche des Grundstückes Kirchplatz 3, welche über die Schulstraße zugänglich ist, und sich überwiegend als Rasenfläche darstellt. Im nördlichen Bereich zur Schulstraße stocken mehrere Einzelbäume. Randlich wird der Planbereich durch sowohl öffentliche als auch private Einfriedungen abgegrenzt.

5. Planfestsetzungen

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 16c setzt im Änderungsbereich eine „private Grünfläche“ fest. Diese soll lediglich temporär als Außenspielfläche mit einzelnen und leicht rückbaubaren Nebenanlagen / Spielgeräten für den offenen Ganztagsbetrieb der Marien-Grundschule genutzt werden. Der § 9 (2) BauGB bietet in diesen Fällen die Möglichkeit, bauliche und sonstige Nutzungen und Anlagen für einen befristeten Zeitraum festzusetzen. Der § 9 (2) Nr.1 BauGB nennt für diese Zulässigkeit die Möglichkeit der Festsetzung „für einen bestimmten Zeitraum“ (z.B. 2 Jahre) und der § 9 (1) Nr. 2 BauGB bietet etwas flexibler die Möglichkeit „bis zum Eintritt bestimmter Umstände“. Da der endgültige Zeitpunkt bis zum Abschluss der Baumaßnahmen für den offenen Ganztagsbetrieb der Marien-Grundschule nicht genau festgelegt werden kann, soll entsprechend der Nr. 2 die Änderung des Bebauungsplanes im nördlichen Teil des Grundstückes Kirchplatz 3 für eine Fläche von ca. 1.000 m² Größe befristet bis zur Fertigstellung der baulichen Maßnahmen für den offenen Ganztagsbetrieb der Marien-Grundschule und den zugehörigen Freiflächen in „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Schule“ geändert werden. Nach diesem Zeitpunkt tritt gemäß § 9 (2) Nr. 2 BauGB die bisherige Nutzung „private Grünfläche“ wieder in Kraft. Die innerhalb dieser Grünfläche zur Erhaltung vorgesehen Einzelbäume bleiben unverändert.

6. Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des räumlichen Geltungsbereiches ist über das bestehende öffentliche Straßenverkehrsnetz gewährleistet. Über die unmittelbar nördlich angrenzende öffentliche Verkehrsfläche „Schulstraße“ besteht eine kurzwegige Anbindung zum örtlichen Verkehr (Emsdettener Straße) und insbesondere zum Westfälischen Hof Garbrock.

7. Ver- und Entsorgung

Durch die temporäre Nutzungsänderung der Grünfläche entstehen keine weitergehenden Anpassungserfordernisse der vorhandenen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur.

8. Flächenbilanz

Flächennutzung	Größe in qm	Größe in %
Flächen für den Gemeinbedarf	1.000	100
Gesamt	1.000	100

9. Auswirkungen der Planung

9.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft

Der Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt. Gemäß § 13 (3) BauGB wird hier von der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB sowie von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen. Dennoch sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen (§ 1 (6) Nr. 7 BauGB).

Der räumliche Geltungsbereich befindet sich im nördlichen Siedlungsbereich des Stadtteils Borghorst innerhalb des überwiegend bebauten Siedlungsraumes. FFH- und Vogelschutzgebiete des europäischen Netzes „Natura 2000“ sind ebenso wenig wie geschützte Teile von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 (2) BNatSchG betroffen. Aufgrund der anthropogenen (Vor)Prägung des Plangebietes sowie der befristeten Nutzungsänderung der Grünfläche werden insgesamt keine erheblichen, nachteiligen Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter gemäß § 1 (6) Nr. 7 BauGB sowie deren Wechselwirkungen erwartet. Ebenso werden keine zusätzlichen Baurechte - z.B. in Form zusätzlicher überbaubarer Grundstücksfläche - geschaffen, sodass ein Eingriff in Natur und Landschaft durch die vorliegende und zeitlich befristete Planung nicht zu erwarten ist. Nach Abschluss der notwendigen baulichen Maßnahmen für den offenen Ganztagsbetrieb und der Herrichtung der zugehörigen Außenspielflächen im Bereich der Marien-Grundschule wird die Fläche wieder in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt und das bisher gültige Planungsrecht tritt wieder in Kraft. Eine spezifische Kompensationsberechnung mit etwaigen Ausgleichsmaßnahmen ist somit nicht erforderlich.

9.2. FFH-Verträglichkeit

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vordersundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet sind nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt etwa 750 m Luftlinie. Angesichts dieses Abstands, der zwischen Planbereich und Schutzgebiet vorhandenen Bebauung und Barrieren sowie der beabsichtigten Planungen, wird nicht von einer Beeinträchtigung der Schutzziele und –zwecke des FFH-Gebietes durch die Bauleitplanung ausgegangen.

9.3. Artenschutz

Bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bauleitplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft ist zu prüfen, ob gegen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 (1) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verstoßen wird. Demnach ist insbesondere das Töten, das Stören sowie die Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Tierarten bzw. von Standorten geschützter Pflanzenarten verboten. Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine bisher unbebaute private Grün- und Gartenfläche innerhalb der bestehenden Siedlungslage, die sich im südlichen Teil als Rasenfläche darstellt und auf der im nördlichen Bereich mehrere Einzelbäume stehen. Das Plangebiet ist aufgrund der anthropogenen Prägung sowie der umgebenden Bebauung gewissen Vorbelastungen und Störungen ausgesetzt. Nichtsdestotrotz wird der Bereich von Fledermäusen als Jagdrevier genutzt. Da durch die temporäre Nutzungsänderung keine andersartigen Auswirkungen auf das vorhandene Artenspektrum zu erwarten sind sowie vorhandener Baumbestand und damit etwaige vorhandene Quartiere erhalten bleiben, ist ein Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nicht erkennbar.

9.4. Immissionsschutz

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauGB sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang greifen insbesondere die Belange des Immissionsschutzes.

Durch die Planung beeinträchtigte umliegende und schützenswerte Nutzungen werden nicht angenommen. Die (temporär) hervorgerufenen Geräuschauswirkungen durch Kinder beim Spielen im Freien sind im Regelfall keine unzumutbaren Belästigungen bzw. schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des § 15 (1) Satz 2 BauNVO. Sie sind ortsüblich, sozialadäquat und in der Bevölkerung allgemein akzeptiert.

Auf das Plangebiet einwirkende erhebliche Immissionsbelastungen wie Schall, Staub oder Gerüche sind innerhalb der gemischt genutzten Siedlungslage nicht bekannt und auch aufgrund fehlender relevanter Verkehrsträger, Gewerbebetriebe oder Hofstellen im nahen Umfeld nicht zu erwarten. Das sakrale Kirchengeläut ist ebenso eine sozialadäquate Schalleinwirkung.

Südöstlich befindet sich in ca. 1.450 m Entfernung (Luftlinie) am Wilmsberger Weg 2 eine Chemikaliengroßhandlung. Der Betrieb unterliegt der Störfallverordnung. Das Büro UCON, Münster, hat den Betrieb auf Grundlage des genehmigten Bestandes im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 48b „Bahnhof Borghorst“ im Jahre 2014 untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass auf Flächen in nicht unbeträchtlicher Größe der Beurteilungswert überschritten wird. Gleichzeitig merkt das Gutachterbüro an, dass in der Bundesrepublik Deutschland bisher keine Festlegungen vorliegen, welche Nutzungen in Abhängigkeit von der Überschreitung des Beurteilungswertes möglich sind. Bei der Freisetzung von Chlor wurde ein angemessener Abstand von 616 m und bei der Freisetzung von Stickoxiden ein angemessener Abstand von 397 m ermittelt. Der Planungsbereich liegt außerhalb dieser ermittelten Abstände, sodass keine Konflikte zwischen dem Betrieb und der Planung zu erwarten sind.

9.5. Klimaschutz

Gemäß § 1a (5) BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Besondere Maßnahmen auf Ebene des Bebauungsplanes sind durch die temporäre Nutzungsänderung von einer privaten Grünfläche hin zu einer Grünfläche für schulische Zwecke nicht vorgesehen. Erhebliche Beeinträchtigungen auf das Vorstadtklima sind aufgrund der im Fachinformationssystem Klimaanpassung dargestellten Gesamtbetrachtung der Klimaanalyse ebenso nicht zu erwarten, da das Plangebiet innerhalb der bebauten Siedlungslage liegt und eine ungünstige thermische Situation dargestellt ist.

9.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen

Gemäß § 1a (2) Satz 1 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Stadt insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich im nördlichen Stadtgebiet der Kreisstadt Steinfurt im Ortsteil Borghorst zwischen Schulstraße im Norden und Kirchplatz im Süden. Er wird innerhalb der vorwiegend gemischt genutzten Siedlungslage als Grünfläche genutzt und ist nahezu unversiegelt. Durch die temporäre Nutzungsänderung zu Gunsten einer Außenspielfläche für schulische Zwecke entstehen keine andersartigen Auswirkungen, sodass dem Grundsatz des Bodenschutzes grundsätzlich nicht widersprochen wird.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW (3. Auflage) befindet sich im Plangebiet kein schutzwürdiger Boden.

Das „Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen“ des Umweltamtes des Kreises Steinfurt enthält für den Planbereich keine Darstellungen. Ein Altlastenverdacht für den räumlichen Geltungsbereich besteht somit nicht.

9.7. Denkmalschutz

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt am Rande der Denkmalbereichssatzung mit dem Titel „Burg und Stift Borghorst mit Stiftsfreiheit und kath. Pfarrkirche St. Nikomedes“. Das nächstgelegene Baudenkmal „Stiftsdamenwohnhaus“ befindet sich südöstlich am Kirchplatz 5 und ist mit der laufenden Nummer 272 in die Denkmalliste der Kreisstadt Steinfurt eingetragen. In direkter Umgebung des Änderungsbereiches befinden sich weitere Bau- und Bodendenkmäler. Die historisch erhaltenen Sichtbeziehungen sind zu wahren und die markante Silhouette der Kirche ist zu erhalten. Durch die temporäre Nutzungsänderung der Grünfläche ist eine Beeinträchtigung von Baudenkmalern, auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen, nicht zu erkennen. Belange des Denkmalschutzes werden nicht negativ berührt.

Bei Erdarbeiten können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit) und paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren) aus der Oberkreide (Santonium) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Kreisstadt Steinfurt und dem LWL-Archäologie für Westfalen, Münster unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 u. 16 DSchG).

Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster schriftlich mitzuteilen.

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um gegebenenfalls archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

9.8. Bodenordnung

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen zur hoheitlichen Umgestaltung von Grund und Boden und deren Eigentums- und Besitzverhältnisse im Sinne der §§ 45 ff. BauGB sind nicht erforderlich.

9.9. Kampfmittel

Ein Kampfmittelvorkommen ist nicht bekannt, aber auch nicht vollkommen auszuschließen. Die Durchführung aller bodeneingreifenden Baumaßnahmen sollte daher mit der gebotenen Vorsicht erfolgen. Sofern der Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die allgemeine Ordnungsbehörde der Kreisstadt Steinfurt sowie der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe (KBD WL) zu verständigen.

10. Verfahren

Die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ erfolgt im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB. Die für das Verfahren geltenden Voraussetzungen sind gegeben, da durch die zuvor beschriebene temporäre Nutzungsänderung einer Grünfläche die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und zudem keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder nach Landesrecht durch die Festsetzung einer „Fläche für den Gemeinbedarf“ begründet wird, keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 (6) Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter (Natura 2000-Gebiete) bestehen sowie keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz BImSchG zu beachten sind.

Im vereinfachten Verfahren kann gemäß § 13 (2) Nr. 1 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB abgesehen werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13 (2) und (3) Satz 1 BauGB durchzuführen. Ebenso wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 (3) BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a (1) BauGB abgesehen.

Verfahrensschritt	Datum
Änderungsbeschluss <i>gem. § 1 (8) i. V.m. § 13 BauGB</i>	01.09.2022
Öffentliche Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	
Satzungsbeschluss <i>gem. § 10 (1) BauGB</i>	
Bekanntmachung und Rechtskraft <i>gem. § 10 (3) BauGB</i>	

Aufgestellt:

Steinfurt, 18.01.2023

Az.: FD61 / 61-26-09 / BO16c02Ae/ Ep

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

gez. Benedikt Epping
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Anhang:

/

Anlagen:

- Lage im Stadtgebiet